

Mitgliederbrief

Information der SPD Breisgau Hochschwarzwald

Breisgau -
Hochschwarzwald

SPD

Der Mitgliederbrief zur Wahl ist da..

Herzlich Willkommen,

in der heutigen Ausgabe unseres Mitgliederbriefes präsentieren wir wieder aktuelle Beiträge über die Arbeit der SPD Breisgau Hochschwarzwald vor Ort. Schnell ausdrucken, lesen und verteilen. Gern nehmen wir Eure Beiträge oder Kommentare in die nächste Ausgabe auf. Sendet diese einfach per Mail an die Redaktion. Wir freuen uns auf Eure Anregungen und Rückmeldungen. Eine große Bitte noch: Es kommt jetzt in den Wochen bis zur Wahl wirklich auf jeden von Euch an! Bitte helft alle mit, dass unser Landkreis weiter stark in Stuttgart vertreten ist, unterstützt Birte, Gabi und Walter bitte in ihrem Wahlkampf!

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch
Euer Kreisvorstand

Editorial



Liebe Genossinnen und Genossen,

am 13. März gilt es. Nie war es so wichtig, die Menschen zum Wählen zu motivieren und um jede Stimme zu kämpfen. Diese Wahl wird entscheiden, ob Baden-Württemberg den eingeschlagenen Weg zu einer sozialeren, moderneren und gerechteren Gesellschaft weitergeht, oder ob wir zulassen, dass die CDU uns zurückführt in ein Gesellschaftsbild, das in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts mal modern war. Und es geht darum eine Partei mit offen

rechtsextremen Ansichten aus dem Parlament zu halten. Lasst uns hierfür gemeinsam die nächsten 4 Wochen alle zusammen die Ärmel hochkrepeln!

SPD - weil es um Menschen geht!

Dr. Birte Könecke
(Kreisvorsitzende)

Februar 2016
4. Ausgabe

Themen dieser Ausgabe:

- *Neujahrsempfang*
- *Team Birte*
- *Beitrag Gabi Rolland*
- *Besuch Peter Simon*
- *Pflege & Alter*
- *Bericht Christoph Bayer*
- *Gernot Erler berichtet*
- *Besuch Leni Breymaier*
- *u.v.m.*

Termine 2016:

Politischer	10.02.2016
Aschermittwoch	Ludwigsburg
Wahlkampf Kick Off	13.02.2016 Müllheim
Tea Talk mit Nils Schmid	05.03.2016 Bad Krozingen
Andreas Stoch vor Ort	07.03.2016 Breisach
LANDTAGSWAHL	13.03.2016



Volles Haus beim Neujahrsempfang des Kreisverbandes

Wieder volles Haus beim Neujahrsempfang unseres Kreisverbandes. Über 80 Genossinnen und Genossen sind der Einladung ins Hofgut Himmelreich gefolgt um zusammen mit der Kreisvorsitzenden und Landtagskandidatin Birte Könnecke, MdL Christoph Bayer und MdB Gernot Erler das neue Jahr zu begrüßen und einen Ausblick zu wagen.

Dieses neue Jahr begann düster, so leitete Birte Könnecke ihre Neujahrsansprache ein und meinte damit die Verbrechen in der Silvesternacht in Köln und andernorts. Dennoch wollte sie ein anderes Thema in den Vordergrund stellen. Ein Thema, das alle demokratischen Kräfte beschäftigt: Die grassierende Politikverdrossenheit. Sie spannte den Bogen von sinkenden Wahlbeteiligungen zu den Vorgängen in Polen. Dort wurde im Eiltempo die Pressefreiheit massiv eingeschränkt und mit der Reform des Verfassungsgerichts das Kontrollorgan im Staat kastriert. Ähnliches sagte sie über die Wahlen in Frankreich und auch in Deutschland erreicht die AfD Menschen, die sich von den Altparteien vernachlässigt fühlen, die sich nach einfachen Lösungen und klaren Schuldzuweisungen sehnen.



Birte Könnecke und Gernot Erler

Solche Lösungen gibt es aber nur in blumigen Wahlversprechen. Es sei gut, dass die SPD es sich in den letzten Jahren angewöhnt hat, vor Wahlen nur das zu versprechen, was sie auch halten kann. Und dies dann auch um-

setzt. Dafür gibt es viele Beispiele in Bund und Land. Beispiele, die zeigen, was in vielen kleinen Schritten möglich ist und was Ponyhof bleibt.

So macht wählen tatsächlich einen Unterschied. Für den, der bis vor kurzem für 6 Euro die Stunde arbeiten musste

zum Beispiel. Für Eltern in Baden-Württemberg die jetzt eine Kita-Platz finden ebenso. Nicht-Wählen kann aber den ganz großen Unterschied machen. Denn dann können demokratiefeindliche Kräfte ans Ruder kommen und allzu selbstverständliche Freiheiten kassieren. „So sehr man manchmal bei der Politik unserer

althergebrachten demokratischen Parteien mit den Zähnen knirschen möchte, sie sind der einzige Garant für eben diese Freiheiten!“

Für diese Rede gab es sehr viel Beifall von allen Genossinnen und Genossen und viele der genannten Aspekte wurden denn auch später am Abend in den Gesprächen wieder aufgenommen und weitergeführt. Nach Birte Könneckes Ansprache überbrachte Peter Meybrunn die Grüße der Gemeinde Kirchzarten und ließ es sich nicht nehmen, seine Gemeinde an der Schnittstelle zwischen Breisgau und Hochschwarzwald vorzustellen. Unter vielen Aspekten hob er auch die Verbesserungen bei der Versorgung mit Kita-Plätzen als einen Punkt hervor, bei dem sich die Politik der grün-roten Landesregierung klar zeige. Hauptredner des Abends war unser Bundestagsabgeordneter Gernot Erler, der als Russlandbeauftragter und als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die OSZE aus erster Hand über die außenpolitischen Krisen dieser Zeit berichten kann. „Politische Verantwortung in einer aus den Fugen geratenen Welt“ – so überschrieb Erler seinen Beitrag und machte damit von Beginn an klar, dass die Lage schlecht ist.

Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland hat sich jenseits der unfassbaren Zerstörung und Opfer im Kriegsgelände auch zum tiefsten Konflikt zwischen Russland und dem Westen entwickelt. Es ist in der Tat mittlerweile so weit, dass selbst der Dialog mit alt bewährten Kontakten in Russland sehr schwierig geworden ist. Diese Kontakte

Volles Haus beim Neujahrsempfang des Kreisverbandes

zu Russland werden aber gebraucht, denn ohne Russland wird es auch keine Lösung für den Syrienkonflikt geben. Diesen Krieg bezeichnete Erler als wahre Tragödie. Es ist auch ein Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, zwischen Sunniten und Schiiten. Bei einer Bevölkerung von 21 Millionen Menschen sind 300.000 tot und 12 Millionen auf der Flucht. Alle Seiten kämpfen ohne Rücksicht auf Verluste und auf eine Art und Weise, bei der man sich ins 7. Jahrhundert zurückversetzt glaubt. Dieser Krieg bleibt auch nicht auf Syrien begrenzt. Die Vorkommnisse in Paris beim Angriff auf Charlie Hebdo und jüngst rund um das Fussballstadion, in den Bars und beim Rockkonzert sprechen eine deutliche Sprache. Ganz so trostlos wollte Erler die Gäste jedoch nicht zurücklassen und betonte die Hoffnungsfunken der jüngsten Zeit. Dabei wurde er nicht müde, die große Rolle unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier zu betonen.

Schließlich kam dann auch noch Walter Krögner, unser Kandidat für den Hochschwarzwald, zu Wort. Er berichtete, dass er gerade von der Demonstration gegen Homophobie in Freiburg kommt. Dort vertrat er als Gemeinderat die Stadt Freiburg. Auch freute er sich auf den nun anstehenden Wahlkampf für die Landtagswahl. Es gibt viele spannenden Themen, viel Unterstützung aus Stuttgart und aus dem Wahlkreis. Das stimme ihn sehr zuversichtlich. Der Abschluss des Programmteils bot schließlich einen rundum erfreulichen Aspekt, denn zwei Neumitglieder konnten begrüßt werden. Birte Könnecke stellte Adelheid Binder und Frank Straube aus Merzhausen, OV Hexental, vor und überreichte die roten Parteibücher. Noch lange blieben die Genossinnen und Genossen zusammen, diskutierten zu den angesprochenen Themen oder freuten sich einfach, mal wieder Freundinnen und Freunde aus dem Landkreis zu treffen, die man länger nicht gesehen hatte. Immer bestens versorgt vom Team des Hofguts Himmelreich.

Oswald Prucker



Walter Krögner & Birte Könnecke

Birte Könnecke begrüßt zwei neue Mitglieder..

Er schafft es immer wieder durch seinen nimmermüden Einsatz alle Gruppen im Gespräch zu halten. Die Wiener Verhandlungen zum Syrienkonflikt könnten so zu ersten Verbesserungen führen und auch das Abkommen zum Atomprogramm des Irans ist ein Beispiel, das Hoffnung macht. Unabdingbar für Fortschritte ist dabei die OSZE, deren Vorsitz Deutschland mit dem Jahreswechsel übernommen hat. Keine andere Organisation hat es verstanden, Konfliktparteien im Gespräch zu halten. Das ist dann auch das Ziel der deutschen Vorstandschaft: Vertrauen bilden, Dialog erneuern, Sicherheit wieder aufbauen.



Birtes Rede zum Neujahrsempfang zum Nachlesen

Eine Neujahrsempfangsrede sollte wohlwollend aufs vergangene Jahr und optimistisch ins neue schauen. Das fällt mir heute etwas schwer.

Das neue Jahr ist mal gerade eine Woche alt und man hat den Eindruck, die Horrornachrichten reichen eigentlich schon jetzt für´s ganze Jahr aus. Sowohl hier bei uns als auch weltweit.

Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und wohl auch etlichen anderen Städten, das Niederschlagen von Homosexuellen in Freiburg (die jetzt gerade stattfindende Demo in Freiburg hat auch dazu geführt, dass einige unserer Genossen heute Abend nicht hier sein können), das Aussetzen des Börsenhandels in China, die Spannungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran (und damit noch eine Hoffnung weniger auf Frieden in Syrien), das Testen von Wasserstoffbomben durch diesen Psychopathen in Nordkorea, die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Gestern im Heute-Journal brachten sie einen Bericht über die Stadt Madaja in Syrien, die von Assads Truppen belagert und ausgehungert wird. Beim Anblick der verhungerten Eltern, die nichts gegen das Verhungern ihrer Kinder tun können, kann man nur noch weinen. Wie können Menschen sowas anderen Menschen antun?

Ich möchte daher heute Abend auf ein ernsteres Thema eingehen, das uns alle auch regelmäßig beschäftigt.

Demokratie braucht Demokraten

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde und Gäste,

seit vielen Jahren beobachten wir ein Phänomen, dass uns Kopfschütteln verursacht, wir nehmen es zur Kenntnis, wir diskutieren darüber, wir suchen (vor allem nach Wahlen) nach Lösungen. Und finden keine. Ich rede von der mangelnden Wahlbeteiligung und der Politikverdrossenheit vieler Bürger.

Solange alles irgendwie ruhig vor sich hinplätscherte war dies ein Problem, dass man zur Kenntnis nehmen konnte, und dann wieder verdrängen. Nach den Ereignissen des letzten Jahres ist dies nicht mehr möglich. Die Wahlen,

vor allem in Polen, haben eindrucksvoll gezeigt, wie schnell man die gewohnten Freiheiten und die Demokratie als ganzes auf´s Spiel setzen kann.

Innerhalb weniger Wochen wurde dort die Pressefreiheit massiv eingeschränkt und mit der Reform des Verfassungsgerichts das Kontrollorgan im Staat kastriert. In Frankreich wurde nur durch das Zusammenstehen der Demokraten, indem die Sozialisten in vielen Departments dazu aufgerufen haben, die Konservativen zu wählen, schlimmeres verhindert. Soweit möchte ich es hier ungern kommen sehen... ;-)

Mit der AfD kommt auch bei uns derzeit eine Gruppe aus den Löchern gekrochen, die die Menschen erreicht, die sich von den Altparteien vernachlässigt fühlen. Die sich nach einfachen Lösungen und klaren Schuldzuweisungen sehnen. Dabei geht es nicht um politische Inhalte oder seriöse Politiker, sondern allein um das Bedienen dumpfer Ängste. Und die furchtbaren Ereignisse zu Silvester in Köln und anderswo, spielen diesen Rattenfängern wunderbar in die Hände.

Müssen wir wegen dieser schlimmen Verbrechen jetzt unsere Asylpolitik in Frage stellen? „Die Zeit“ hatte dazu den meiner Ansicht nach passendsten Kommentar: wir leben in einem Rechtsstaat, in dem Schuld individuell und nicht kollektiv geahndet wird. Wenn es zulässig wäre, angesichts der Übergriffe von Köln unsere Zuwanderungspolitik in Frage zu stellen, dann müsste es angesichts von über 800 Anschlägen auf Flüchtlingsheime auch zulässig sein, Pegida, AfD und NPD zu verbieten und die Anhänger zu inhaftieren.

Hier ist der Rechtsstaat gefordert, alle hier lebenden Menschen vor Übergriffen zu schützen. Dies wird eine Mammutaufgabe und auch ich bin der Ansicht, dass jemand, der hier Schutz sucht und sich dann in solcher Weise daneben verhält, sein Recht auf Schutz verwirkt und ausgewiesen werden sollte.

Nur deswegen eine Politik der Abschottung zu betreiben und die vielen Menschen, die einfach nur Frieden und Sicherheit bei uns suchen, ihrem Schicksal zu überlassen, ist unmenschlich.

Und wir werden uns auch der Diskussion stellen müssen, wie viel uns unsere Sicherheit wert ist und wie viel Über-

Birtes Rede zum Neujahrsempfang

wachung wir dafür hinnehmen wollen. Um die Schuldigen zu bestrafen, muss man sie erst mal haben. Und das geht am ehesten, wenn man Bilder von ihnen hat. Wollen wir die dauerhafte Kameraüberwachung aller öffentlichen Plätze?

Bei vielen Wahlen stellt die Gruppe der Nichtwähler mittlerweile die größte Fraktion. Weil Realpolitik schwierig und komplex ist, weil es internationale und anderweitige Verpflichtungen gibt, die man nicht einfach ignorieren kann, weil heutzutage das Drehen an kleinen Stellschrauben unvorhersehbare Wirkungen auf ganz andere Ebenen haben kann. Unsere Wirtschaft ist ein so sensibles Konstrukt, ist so auf Vertrauen angewiesen, dass kleinste Erschütterungen zu einem Erdbeben führen können. Das ist gruselig! Aber leider Realität. Und ich mag mir nicht vorstellen, wie die Stimmung hier im Land aussehen wird, sollten die Arbeitslosenzahlen plötzlich steigen.

Die Menschen sehnen sich zurück nach einer einfachen Welt. Wo Ungerechtigkeiten gesehen und beseitigt werden können. Wo Konsequenzen überschaubar sind. Wo Politiker ihnen nicht ständig erzählen, warum etwas nicht geht.

Diese Welt gibt es nur vor Wahlen, da wird plötzlich alles ganz einfach und die Versprechungen immer größer. Die Enttäuschung nach der Wahl dann aber eben auch.

Ich finde es gut, dass die SPD es sich in den letzten Jahren angewöhnt hat, vor Wahlen das zu versprechen, was sie auch halten kann. Und dies dann auch tut. Wir haben in Bund und Land unglaublich viel umgesetzt bekommen, aber es sind eben die kleinen Schritte, die möglich sind, nicht der Ponyhof. Und damit begeistert man keine Massen.

Als Ralf Stegner neulich bei uns zum Thema Altersarmut referierte, erzählte eine ZuhörerIn von einer Bekannten, die sich in schwieriger Lage befindet. Seine etwas lapidare Antwort war im wesentlichen, dass sich die Politik nicht um Einzelfälle kümmern kann. Damit hat er natürlich im Grunde genommen recht.

Es wird eigentlich schon viel zu viel auf jede Eventualität eingegangen, deshalb werden unsere Gesetzbücher ja immer dicker und unübersichtlicher. Aber in solchen Fällen, wie zum Beispiel Altersarmut, ist es Ur-Aufgabe der SPD dafür zu sorgen, dass es solche Einzelfälle gar nicht

erst gibt. Wer soll sich denn darum kümmern, dass in Deutschland niemand durch's soziale Netz fällt, wenn nicht wir? Und da muss man dann jeden Einzelfall betrachten, um die Löcher im Netz zu finden!

Politikverdrossenheit ist sicher ein Thema, dass ich hier bei den falschen Adressaten anspreche. Ihr seid alle in einer Partei, ihr engagiert euch, in eurem Ortsverein, im Kreis, in den Arbeitsgemeinschaften. Obwohl es euch sicherlich manchmal nervt, oder frustriert, aber ihr bleibt dabei, weil ihr wisst, wie wichtig es ist. Und dafür bin ich jedem einzelnen von euch sehr dankbar.

Aber wie ich anfangs sagte, die Situation ändert sich momentan rasant. Wir müssen es schaffen, auch andere wieder zu erreichen.

Wie können wir die Menschen wieder für Politik, wenn schon nicht begeistern, dann doch wenigstens interessieren?

Ihnen das Blaue vom Himmel runter zu versprechen, wie es Herr Wolf tut, hat langfristig noch nie funktioniert und wird auch ziemlich schnell entlarvt. Einfache Lösungen versprechen, a'la AfD? Keine Option, wenn man ernsthafte Politik betreiben will.

Ich persönlich halte auch den Ansatz, das Wählen komfortabler zu machen, mehrere Tage lang wählen zu können, in Supermärkten wählen zu können, für falsch. Jeder, der wählen will, kann ohne großen Aufwand wählen.

Wer am Sonntag nicht kann, macht halt Briefwahl, das ist einfach genug. Das Wollen ist das Problem. Die Menschen müssen wieder erkennen, dass es ein Privileg ist, wählen zu dürfen. In anderen Ländern riskieren die Menschen ihr Leben dafür. Etwas, das ich den Menschen anbiete wie Sauerbier, hat keinen Wert für sie.

Wie oft hört man, es macht doch eh keinen Unterschied, was ich wähle. Nun, erstens stimmt das nicht. Für die Menschen, die bislang für 6 Euro die Stunde arbeiten mussten, hat es sehr wohl einen Unterschied gemacht. Und für die Eltern in Baden-Württemberg, die arbeiten gehen müssen oder wollen und jetzt plötzlich Kita-Plätze für ihre Kinder finden, macht es auch einen Unterschied. Aber den ganz großen Unterschied wird es plötzlich ma-

Birtes Rede zum Neujahrsempfang

chen, wenn durch das Desinteresse der großen Masse nicht-demokratische, extreme Parteien was zu sagen kriegen.

Wie manche von euch wissen, bin ich Mitglied im Reichsbanner schwarz-rot-gold, das in der Weimarer Republik für den Erhalt der Demokratie und der Republik gegen die Nazis gekämpft hat. Auch heute kämpfen wir noch. Zum Glück nicht mit Waffen, sondern mit Aufklärung. Denn je weniger Zeitzeugen es gibt, desto wichtiger wird der Kampf gegen das Vergessen und die Gleichgültigkeit.

Es ist ein unglaubliches Glück in einer Demokratie leben zu können. Die sicher ihre Fehler hat, aber wer oder was ist schon perfekt? Ich kann mit der Politik hadern, weil sie nicht hinreichend meine ganz persönlichen Interessen in dem Maße priorisiert, wie ich das für erforderlich halte. Menschen überlegen, ihr Engagement in der Partei aufzuhören, weil die SPD die Interessen der E-Zigarettenraucher nicht genug berücksichtigt oder sich nicht für die Legalisierung von Cannabis einsetzt, usw. Das ist legitim, aber ist es wirklich verhältnismäßig? Persönliche Freiheiten, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, unsere ganzen verbrieften Grundrechte, die für uns so selbstverständlich geworden sind, wirft man doch wegen so etwas nicht in den Müll. Und so sehr man manchmal bei der Politik unserer althergebrachten demokratischen Parteien mit den Zähnen knirschen möchte, sie sind der einzige Garant für eben diese Freiheiten!

Mit der Demokratie ist es wie mit der Gesundheit. Man weiß sie erst dann zu schätzen, wenn man sie verliert.

Lasst uns auch im neuen Jahr gemeinsam alles dafür tun, dass das nie passiert!

Vielen Dank.



BADEN-WÜRTTEMBERG LEBEN

Team Birte



Liebe Genossinnen und Genossen,

am 13. März 2016 gilt's! Wir wollen weiter in der Regierungsverantwortung bleiben. Wir wollen die gute Arbeit der letzten fünf Jahre fortsetzen. Wir wollen keine schwarze Rückabwicklung in die Vergangenheit!

Wir haben unser Baden-Württemberg in den letzten 5 Jahren voran gebracht, allen Unkenrufen zum Trotz. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, das Steueraufkommen hoch, auf dem Weg zum Musterland für gute Arbeit sind wir ein großes Stück weiter. Mindestlohn, Tariftrueugesetz, Bildungszeitgesetz - alles Schritte, die Bund und Land unter roter Führung in die richtige Richtung unternommen haben.

Der Pakt mit den Kommunen hat geholfen, uns bei der Kleinkindbetreuung von einem Schlussplatz bundesweit an die Spitze zu bringen. Und das nicht nur zahlenmäßig, auch bei der Qualität der Betreuung liegen wir auf dem ersten Platz. Bildungsgerechtigkeit erreicht man nicht durch Aufbewahrungsstätten.

Mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen ist es uns gelungen, wohnortnahe weiterführende Schulen im ländlichen Raum zu erhalten und allen Kindern die Chance auf einen bestmöglichen Abschluss anzubieten. Diese Schulform ist bestens geeignet auch mit den kommenden Herausforderungen der Inklusion behinderter Kinder sowie der Integration von Flüchtlingen klarzukommen.

Die CDU sieht die letzten 5 Jahre nach wie vor als einen Betriebsunfall an und möchte nichts lieber, als die Uhr zurückzudrehen und alle Errungenschaften rückabzuwickeln. Geben wir ihnen hierzu keine Chance!

Unser Wahlkreis ist der einzige, in dem einem männlichen Abgeordneten eine weibliche Kandidatin folgt. Umso wichtiger, dass wir diesen Sitz verteidigen. Ich tue dafür alles, was in meiner Macht steht und ich weiß, dass ihr alle mit mir im Wahlkampf zusammen stehen werdet. Dafür danke ich euch jetzt schon.

Aber wie ihr wisst, kostet Wahlkampf neben Zeit, Engagement und Kampfeslust auch Geld. Hier bitte ich euch um eure finanzielle Unterstützung. Jeder Betrag ist willkommen und selbstverständlich gibt es für jeden eine Spendenbescheinigung, so dass ihr 50% der gespendeten Summe von eurer Steuer erstattet bekommt.

Spendenkonto:

Sparkasse Freiburg IBAN: DE 82 6805 0101 0002 1053 12 BIC: FRSPDE66XXX

Kontoinhaber: SPD Breisgau-Hochschwarzwald Verwendungszweck: Wahlkampfspende Dr. Birte Könnecke

Mit Deiner Hilfe schaffen wir es, dass 2016 Rot grün weiterregiert und der Wahlkreis Breisgau in Stuttgart vertreten bleibt. Ich danke Euch schon jetzt für Eure Unterstützung!

Mit solidarischen Grüßen,

Birte Könnecke

P.S.

Wenn du meine Arbeit weiter verfolgen möchtest, kannst du das gerne auf www.birte-konnecke.de oder unter <https://www.facebook.com/birte.konnecke> tun.

In der Krise beweist sich der Charakter

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir leben in Deutschland seit Jahrzehnten in einem friedlichen Land. Diese Gewissheit ist im Laufe des letzten Jahres zerbrechlich geworden. Die Terroranschläge von Paris, Brandstiftungen an Flüchtlingsheimen und rechtsextreme Übergriffe auf Migranten lassen uns ahnen, dass unser Frieden möglicherweise brüchiger ist als gedacht.

Beide Phänomene, der islamistische ebenso wie der rechtsextreme Terror, stellen unsere Gesellschaft vor eine harte Bewährungsprobe. Wenn wir sie bestehen wollen, wenn wir das friedliche und freiheitliche Zusammenleben in Europa bewahren wollen, dann müssen wir eine klare Antwort auf die Feinde der Freiheit finden. Und die Antwort ist: Wir lassen uns unseren Lebensstil und unsere Überzeugungen nicht von Hass und Gewalt kaputt machen! Wir verfolgen die Verbrechen von Extremisten und Terroristen mit der ganzen Härte des Rechtsstaats. In Deutschland haben wir bereits umfassende Anti-Terror-Gesetze. Nun kommt es darauf an, bestehende Gesetze konsequent anzuwenden.

Klar muss aber auch sein: Flüchtlinge aus dem Nahen Osten gehören nicht unter den Generalverdacht des Terrorismus! Die Wahrheit ist doch: Die Menschen, die in diesen Tagen bei uns Schutz suchen, kommen gerade deshalb, weil sie der religiös oder politisch motivierten Gewalt in ihren Heimatländern entkommen müssen. Darum haben wir die Verpflichtung, diesen Menschen zu helfen.

Aber viele Menschen, und dazu gehören auch etliche Helferinnen und Helfer, machen sich Sorgen. Sie fragen sich, wie die vielen Flüchtlinge integriert werden können oder wo wir genügend Wohnraum finden. Sie fürchten sich möglicherweise auch vor neuer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. In dieser Situation sind nicht Polarisierung und Lagerdenken, sondern konkrete Lösungen gefragt.

Dazu gehört, die Geschwindigkeit des Flüchtlingszuzugs zu reduzieren. Und unser Anspruch ist, die neu zu uns kommenden Menschen auch ernsthaft zu integrieren. Was aber rechts der Mitte propagiert wird, ist keine Lösung: Ein Europa der Zäune, Mauern und bewaffneten Grenzkontrollen – das kennen wir schließlich aus der Vergangenheit. Das kann niemand ernsthaft wiederhaben wollen.

Natürlich gibt es Mittel und Wege, um das Tempo des Flüchtlingszuzugs zu drosseln. Eine ganze Reihe von Maßnahmen haben wir bereits ergriffen: Noch im Sommer kamen 30 bis 40 Prozent der Asylbewerber in Deutschland aus den Balkanstaaten. Nicht einmal ein halbes Prozent von ihnen hatte allerdings Aussicht auf Anerkennung. Auf dem Balkan gibt es weder Krieg noch systematische politische Verfolgung. Mit der Einstufung dieser Staaten als sichere Herkunftsstaaten tasten wir das Recht auf ein faires Asylverfahren nach Maßgabe des Grundgesetzes nicht an. Aber die Verfahren werden deutlich beschleunigt.

Dort, wo die Asylanträge negativ beschieden werden, ist es wichtig, dass die Menschen anschließend zügig in ihre Heimatländer zurückkehren. Um die Asylverfahren schneller bearbeiten zu können, wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015 und 2016 insgesamt 3000 neue Mitarbeiter einstellen.



Gabi Rolland MdL

In der Krise beweist sich der Charakter

Generell gilt: Durch eine Kontingentlösung wird das Grundrecht auf Asyl nicht angetastet. Jeder einzelne Verfolgte, der zu uns gelangt und um Schutz bittet, hat Anspruch auf ein Asylverfahren. Das individuelle Grundrecht auf Asyl ist mit der SPD nicht verhandelbar. Und damit haben sich alle Debatten über eine Obergrenze für uns erledigt.

Wir werden auch im neuen Jahr Flüchtlinge aufnehmen müssen. Die wenigsten von ihnen kennen unsere Sprache und Gebräuche. Viele haben keine Berufsausbildung, müssen zum Teil sogar noch alphabetisiert werden. Darum ist die besorgte Frage, was das für unsere Gesellschaft bedeutet, berechtigt.

Ich bin aber sicher: Unsere Gesellschaft kann diese Zuwanderung verkraften. Und wenn wir es richtig anstellen, werden die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger unser Land voranbringen. Schließlich klagen wir seit Jahren über Fachkräftemangel und zu niedrige Geburtenraten. Wenn nun so viele junge Menschen zu uns kommen, liegt darin also auch eine riesige Chance. Allerdings ist Integration ein schwieriger und komplexer Prozess. Er verlangt viel Engagement, Selbstdisziplin, vielleicht auch Überwindung – von allen Beteiligten.

Integration bedeutet aber auch: Die Spielregeln unserer Gesellschaft müssen für alle klar sein. Wir sind ein Land mit gleichen Pflichten und gleichen Rechten für alle. Unabhängig von sozialem Status, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Ethnie oder Herkunft. Wo diese Regeln verletzt werden, muss der Staat die Regelverstöße konsequent ahnden. Vorkommnisse wie in der Silvesternacht in Köln dürfen sich nicht wiederholen.

In der jetzigen Situation ist es wichtiger denn je, dass wir uns um den Zusammenhalt dieser Gesellschaft kümmern. Die SPD wird weiterhin Politik für alle machen, die Verbesserungen in ihrem Alltag brauchen. Für alle Menschen, die hart arbeiten. Für Frauen, die dieselben Karrierechancen und dieselbe Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen haben wollen. Für kinderreiche Familien, Studenten und Geringverdiener, die sich immer schwerer tun, eine bezahlbare Mietwohnung zu finden. Für Eltern, die Probleme haben, ihr Berufs- und Familienleben miteinander zu vereinbaren. Für Alte und Kranke, die eine gute medizinische und pflegerische Versorgung brauchen und die ihren letzten Lebensabschnitt nach ihren eigenen Vorstellungen und Wünschen gestalten möchten. Für Kinder, die die Chance auf Bildung und Glück haben wollen, egal aus welchem Elternhaus sie stammen. Für Menschen mit Behinderungen, die eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben wollen.

Keine Frage: 2016 wird ein Jahr, in dem wir gewaltige Aufgaben anpacken müssen. Mut macht mir dabei aber ein Satz, den Helmut Schmidt einmal sagte: „In der Krise beweist sich der Charakter.“ Unsere Partei hat Charakter – und Haltung. Und darum bin ich sicher, dass wir die Herausforderungen bestehen werden.

Solidarische Grüße

Eure Gabi Rolland



Gabi mit Walter und Gernot beim Neujahrsempfang in Freiburg

Gemeinsame Resolution aller Parteien in Bad Krozingen

Gemeinsam demokratische Grundwerte schützen

Als demokratische Gesellschaft können und wollen wir nicht tatenlos zusehen, wie von radikalen Gruppierungen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit salonfähig gemacht werden. Wir, die kommunalen Vertreter der Parteien im Baden-Württembergischen Landtag, erklären deshalb gemeinsam, dass wir keine Form von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Bad Krozingen akzeptieren werden. Wir stellen uns gegen rechtsextremistisches Gedankengut und appellieren an die Bürger, den sachlichen Dialog mit allen demokratischen Parteien zu suchen. Die Sorgen und Ängste der Bevölkerung müssen und werden wir ernst nehmen und auf dem Boden unseres Grundgesetzes und internationaler rechtlicher Verpflichtungen Lösungen für die aktuellen Problemlagen finden. Das Grundrecht auf Asyl ist für uns unantastbar!

Mit ihren volksverhetzenden Aussagen schüren AfD, NPD und Republikaner auf dem Rücken vieler notleidender Menschen Ängste und liefern menschenverachtenden Verbrechen vermeintliche Rechtfertigungen. Die oft einfachen Lösungen, welche diese Parteien anbieten, sind blanker Populismus und so weder umsetzbar noch mit dem Grundgesetz vereinbar oder mit unseren demokratischen und ethischen Werten in Einklang zu bringen. Wir betrachten es als unsere demokratische Pflicht, den geistigen Brandstiftern dieser Parteien entschieden und gemeinsam entgegen zu treten. In Bad Krozingen, im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, in unserem Bundesland Baden-Württemberg ist kein Platz für extremistisches Gedankengut. Wir sind uns in dieser Frage einig und werden uns von keiner Partei gegeneinander ausspielen lassen.

Die Bad Krozinger Bürgerinnen und Bürger rufen wir dazu auf, uns gegen die extremistischen Kräfte zu unterstützen und zur Landtagswahl am 13. März zu gehen!

Frank Martin (FDP), Andreas Quartier (Bündnis 90 / Die Grünen), Matthias Schmidt (SPD), Marvin Wolf (CDU)

Kreisverband auf dem Landesparteitag vertreten

Am 23. Januar 2016 waren die Delegierten Clara Heckmann, Birte Könnecke, Dagmar Endle, Bettina Wegner-Reimers, Henry Kesper, Oswald Prucker, Hartmut Hitschler und Thomas Thürling nach Stuttgart zum Landesparteitag geladen. Zusammen mit über 320 Delegierten ging es darum das 70 Seiten starke Regierungsprogramm für die nächsten 5 Jahre zu verabschieden. Die Antragskommission hat die Nacht fast durchgearbeitet, um die über 220 Änderungsanträge zu sortieren, zu werten und für den Parteitag vorzubereiten.

Bevor es aber um die Antragsberatung ging, hielt unser Spitzenkandidat Nils Schmid eine beeindruckend und mitreißende Rede. Seine Position in dem Umgang mit der AfD und deren rassistischer und verfassungsfeindlicher Umtriebe wurde ebenso klar wie die Erfolge der Regierungsmannschaft. Nils warnte vor der Gefahr des Roll backs bei einem Erfolg der CDU. Ein so schwacher Kandidat wie Guido Wolf ohne eigene Inhalte, kann nur gewinnen wenn die SPD es nicht schafft aus dem Umfragetief rauszukommen und ein deutlich besseres Wahlergebnis zu erreichen. Dafür müssen wir alle miteinander kämpfen.

Besonders beeindruckend war der Auftritt von Erhard Eppler, dem SPD Urgestein in Baden Württemberg zu seiner Ehrung für 60 Jahre Mitgliedschaft in der SPD.

In der anschließenden Antragsberatung wurde dann intensiv das Regierungsprogramm diskutiert.



Einige unserer Änderungsanträge wurden ebenfalls angenommen, diverse Formulierungsvorschläge und der Antrag von Hartmut und Thomas auf Unterstützung der Planungen zur Anbindung des Euroairports ans Schienennetz mit Verbindung nach Müllheim, Bad Krozingen, Freiburg.

(Bericht: Thomas Thürling)

(Ossi sorgte dankenswerter Weise dafür dass die Beratungen nicht zu trocken wurden..)

Aktuelles Flugblatt

AUF DIE SPD KOMMT ES AN!

Zusammenhalt und soziale Sicherheit – nur mit der SPD. Denn keine andere Partei schafft mehr soziales Wachstum durch mehr Arbeitnehmerrechte, mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Chancengerechtigkeit ein.

Nur ein starkes SPD Ergebnis verhindert die Rückkehr der CDU an die Macht.

Nur ein starkes SPD Ergebnis hält die AfD klein.

Nur ein starkes SPD Ergebnis ermöglicht die Fortsetzung von Grün-Rot.



Gute Arbeit

- ▶ Nur die SPD bekämpft den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen!
- ▶ Nur die SPD sichert gerechte Bezahlung nach Tarif- und Mindestlöhnen!
- ▶ Nur die SPD steht ein für Weiterbildung im Beruf und Ehrenamt – mit der Bildungszeit!
- ▶ Nur die SPD ermöglicht jedem die Chance auf Ausbildung – mit der Ausbildungsgarantie!
- ▶ Nur die SPD sorgt für Steuergerechtigkeit durch mehr Steuerfahndung und den Kampf gegen Steueroasen

Gerechte Bildung

- ▶ Nur die SPD entlastet Familien – durch die Abschaffung der Kindergartengebühren!
- ▶ Nur die SPD öffnet Universitäten für alle im Land – keine Studiengebühren!
- ▶ Nur die SPD will gleiche Bildungschancen für alle – mit Rekordinvestitionen des Landes in Kleinkindbetreuung, Sprachförderung und ausreichend Lehrerstellen!

Soziale Chancen

- ▶ Nur die SPD steht für Parität bei den Krankenkassenbeiträgen!
- ▶ Nur die SPD schafft bezahlbaren Wohnraum für alle!
- ▶ Nur die SPD gelingt die Kraftanstrengung der Integration der Flüchtlinge, die bei uns bleiben werden.
- ▶ Nur die SPD sorgt für Sicherheit indem es mehr Polizei auf der Straße gibt.

Mit Nils Schmid an der Spitze hat die SPD-Regierungsmannschaft unser Land wirtschaftlich stärker, sozial gerechter und sicherer gemacht. Wer diesen Kurs fortsetzen will, muss SPD wählen.

Der 13. März ist eine Richtungswahl!

Zusammenhalt und soziale Sicherheit – Auf die SPD kommt es an!



- ▶ Demokratiefeindliche Parteien gehören nicht in den Landtag.
- ▶ Modernisierung und Miteinander gibt es nur mit der SPD.
- ▶ Mehr Infos auf: www.spd-bw.de

Demo gegen homophobe Gewalt in Freiburg

In und vor der Freiburger Bar Tasia kam es in der Silvesternacht zu einer Auseinandersetzung, die schlimme Folgen für ein schwules Ehepaar hatte. Die beiden sind geschlagen und getreten worden. Einer von beiden wurde so schwer verletzt, dass er am Kiefer operiert werden musste.

Am Bertoldsbrunnen kam es ein paar Stunden später zu einem Übergriff auf die stadtbekannte Dragqueen Betty BBQ. Ein unbekannter Mann ging sie am Bertoldsbrunnen mit den Worten an: „Scheiß schwule Transe, ich box' dich weg.“ Schon im April vergangenen Jahres war ein schwules Paar attackiert worden.



Ireneus Frost organisierte als Antwort auf die neuerliche Gewalt in der Silvesternacht eine Demonstration in der Freiburger Innenstadt. Am 08. Januar folgten etwa 800 Freiburger und Freiburgerinnen dem Aufruf und zeigten Flagge gegen Homophobie und Rassismus in der Stadt.

"Wir versammeln uns hier, weil wir zum Ausdruck bringen wollen, dass Schwule kein Freiwild sind", erklärte Stadtrat Walter Kröger auf der Demo. Der offen schwule SPD-Politiker kündigte an, dass die Stadt im Frühjahr die Charta der Vielfalt unterschreiben werde. (Bericht Thomas Thürling)

Bild: Jonny Schuler

#WICHTIGIST

... dass wir uns alle mit aller Macht und allen uns zur Verfügung stehenden Mittel gegen den aufkeimenden Naziterror stellen. Einschüchterung läuft nicht.

#keinfussbreit #pack

Birte Könnecke



DEMOKRATIE
BRAUCHT
DEMOKRATEN

 BADEN-WÜRTTEMBERG LEBEN

Pressespiegel

Wir haben ein neues Angebot auf unserer Webseite bereitgestellt. Den monatlichen Pressespiegel. Hier sammeln wir alle Berichte der Presse aus der Region.

Zu finden auf www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de



Facebook

An dieser Stelle gern noch mal der Hinweis an alle Facebookfreunde. Auch da sind wir natürlich vertreten. Zu finden unter „Rot-wild im Schwarz-wald“ auf facebook.de



Beim Neujahrsempfang von Christoph Bayer



Birte überreicht Christoph den Fanschal

Zu seinem letzten Neujahrsempfang als Landtagsabgeordneter lud Christoph Bayer in das „Salmen“ in Hartheim. Neben Sekt und Häppchen gab es politische Impulse unter dem Motto „Über den Tag hinaus - Ideen für eine gute Zukunft“. Diese Zurufe fielen auf einen fruchtbaren Boden im vollbesetzten Saal. In einem ersten Impuls erinnerte Prof. Herbert Schweizer die Genossinnen und Genossen an das Selbstverständnis der Sozialdemokratischen Partei und forderte das Eintreten für eine sozial-ökologische Erneuerung: Wir müssen die Systemfrage stellen und raus aus der Wachstumsfalle. Dies erfordert eine Rückbesinnung auf die Sozialfrage, das Entwickeln von Strategien zur Energieeinsparung und zur Effizienzsteigerung und eine Hinwendung zur Eigenversorgung.

Norbert Zeller, langjähriger Leiter der Stabsstelle im Kultusministerium, forderte in seinem Beitrag eine „Bildung, die allen gerecht wird“. Es ist eine Schande, dass der Bildungserfolg in unserem Land immer noch von der sozialen Herkunft abhängt. Daraus entwickelte er ein leidenschaftliches Plädoyer für die Gemeinschaftsschule und forderte mehr Mut von den Sozialdemokraten. Gleiches gilt für ein entschiedenes Eintreten für die Inklusion.

Christoph Bayer selbst wählte für sich das Thema „Freiheit“ und stellte seinen Beitrag unter die Überschrift eines Willy-Brandt-Zitates „Im Zweifel für die Freiheit“. Dieses Thema war schon immer ein soziales Thema und in den Zeiten von Pegida und Co. ist es wieder aktueller denn je. Nicht umsonst singen wir „Brüder zur Sonne, zur Freiheit.“ Er forderte, dieses Thema auch im Wahlkampf nicht zu vergessen.

Schließlich freute sich Christoph Bayer, dass sich Birte Könnicke auf den Weg gemacht hat um ihm in Stuttgart nachzufolgen. Er sicherte ihr jede ihm mögliche Unterstützung zu. Die Kandidatin dankte es ihm und verpflichtete ihn für ihren Wahlkampf mit einem Fanschal.

Bericht: Oswald Prucker

Über die Flüchtlingsfrage, die „Gruselfaszination für die AfD“ und die Wahlchancen der SPD— ein Beitrag von Christoph Bayer

Momentan wird viel geredet. Vor allem in Talkshows und vor allem mit oder über die AfD. Sie ist nicht nur eine rechtspopulistische Partei mit einem reaktionären Frauen-, Familien- und Gesellschaftsbild. Sie ist rechtsradikal, undemokratisch und rassistisch. Fürchterliche Zitate belegen dies. Die Forderung nach Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge an den Grenzen (Frauke Petri, Vorsitzende) oder die Drohung, dass „aufgeräumt und ausgemistet wird, wenn wir kommen“ (Markus Frohnmaier, AfD Kandidat aus Villingen-Schwenningen). Noch schlimmer: „Die Völkerwanderung muss aufhören. Die sich Deutsche nennen und dies fördern, gehören an die Wand gestellt.“ (AfD-Mitglied René Augusti).

Eine solche Partei gehört nicht in fast inflationärer Weise in Talkrunden, eher gehört sie vom Verfassungsschutz beobachtet. Georg Diez machte kürzlich auf Spiegel online eine „Gruselfaszination für die AfD“ aus und stellt die Frage, ob man sich diesem „Diskursgetrommel der Rechten“ unterordnen muss vor lauter Angst sonst zum "Volksverräter" zu werden. So dominiert die Flüchtlingsfrage die Themenagenda - und dies im Panikmodus. Die Ereignisse an Silvester haben Öl ins Feuer gegossen und das Thema innere Sicherheit und Kriminalität wird immer stärker mit Flüchtlingen verknüpft. Natürlich müssen Ängste der Menschen wahr- und ernstgenommen werden. Die politischen und sozialen Herausforderungen sind enorm und müssen gemeinsam gemeistert werden. Das ist richtig. Darüber wurde ja schon vielfach geredet und geschrieben. Ich glaube aber, dass es auch zur Wahrheit gehört, dass wir uns eine zentrale Lebenslüge eingestehen. Viele Jahrzehnte haben wir uns vorgemacht, das konkrete Leid, das in den Ländern des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas den Alltag von Milliarden Menschen prägt, ließe sich für die kommenden Jahrzehnte in unserer Lebenswelt auf Distanz halten. Wir hegten die Illusion eines Kerneuropas als mauerloser Paradiesgarten in einer Welt des Elends. Damit ist es vorbei, meint auch der Wolfram Eilenberger, Chefredakteur des "Philosophie Magazins" und der Politikwissenschaftler Claus Legewie ergänzt: „In den ersten Jahren werden Flüchtlinge mehr kosten als sie mittel- und langfristig für sich, die Volkswirtschaft und die Sozial- und Rentenkassen erarbeiten. Deshalb muss das neoliberale Dogma niedriger Einkommens- Unternehmens- und Erbschaftssteuern fallen. Einwanderungspolitik benötigt Ressourcen.“ Recht hat er.

Darüber hinaus gäbe es in Wahlkampfzeiten genug weitere Themen zu diskutieren: über die globale Ungerechtigkeit, das Leiden der Menschen in Syrien und eine Integration, die nicht gleichzusetzen ist mit Harmonie, über die Balance von Sicherheit und Freiheit, die Abhängigkeit von Bildungserfolgen vom Geldbeutel der Eltern, die dringend notwendigen Investitionen in Infrastruktur, die Herausforderungen des demografischen Wandels, die Aufwertung von Pflege, den Ausbau von Betreuungsangeboten, die Energiewende oder die Konsequenzen aus dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung - und nicht zuletzt über und mit den vielen in Baden-Württemberg lebenden Ausländerinnen und Ausländer, die hier gut integriert sind. Wir brauchen eine Streitkultur zu Werten und Wertkonflikten. Offen, ehrlich und ohne Scheuklappen.

In vielen Bereichen hätte und hat die SPD viel zu sagen. Dennoch liegt sie bei den Umfragen deutlich unter 20 %. Diesem Trend gegenzusteuern braucht es langfristige Strategien - darüber wird später zu reden sein. Für den aktuellen Wahlkampf heißt es Ärmel hochkrepeln und die vorhandenen Chancen nutzen! Diese liegen vor allem darin, dass wir aktuell nicht einmal Hälfte unseres Potentials ausschöpfen. Also: viel Luft nach oben. Wir können noch etwas bewegen.

Hier ein Potential-Vergleich zwischen CDU und SPD (Quelle: Pollytix Strategic Research, Berlin):

WÄHLERPOTENTIALVERGLEICH BW CDU – SPD	CDU	SPD
Insgesamt erreichbar	41%	30%
Unentschlossene und Wähler anderer Parteien, die sich vorstellen können, die SPD zu wählen: Überzeugen	11%	16%
SPD-Wähler, die sich auch vorstellen können, eine andere Partei zu wählen oder nicht sicher zur Wahl gehen: Halten und Mobilisieren	17%	8%
SPD-Stammwähler, die auf jeden Fall zur Wahl gehen	13%	6%

Über die Flüchtlingsfrage, die „Gruselfaszination für die AfD“ und die Wahlchancen der SPD— ein Beitrag von Christoph Bayer

Viele Wahlberechtigte wissen nicht (mehr), was eine sozialdemokratische Werterhaltung heute bedeutet. Von den 16% Unentschlossenen, die sich vorstellen könnten auch SPD zu wählen, tendieren jeweils 6% aktuell eher zu den Grünen, 6 % zur CDU. Da müssen wir ran. Deswegen: Kein Wettstreit um den besseren Landesvater, kein Wettbewerb um weitere Verschärfung der Asylgesetze, sondern die Stärke der SPD betonen und die **Sozialdemokratische Haltung** erklären.

SPD - die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

SPD - die Partei, die sozialen Zusammenhalt sichert.

SPD - die Partei, die Partei, die für Modernität, Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit steht.

Mit diesem Profil können wir durchaus auch Mehrheiten ansprechen, wie die folgenden Zahlen zeigen:

Für Tolerantes und weltoffenes Land sprechen sich 63% aus.

71% sehen Einwanderung als Chance.

Flüchtlinge sind auch in meiner Nachbarschaft willkommen, meinen 81%.

Weniger fragen, was der Staat tun kann, sondern was man selbst für Gemeinschaft tun kann, meinen 74%

Mehr Unterstützung von Ehrenamtlichen fordern 87%

Ungleichheit verringern - auch durch Umverteilung teilen 79% und Ungleichheit durch Erbschaftssteuer für Millio-
nenerbschaften verringern wollen: 85%

Investitionen in Infrastruktur (selbst wenn das neue Schulden bedeutet) befürworten 67%.

Was heißt das für uns - die wir mitten in einem bedeutsamen Wahlkampf stehen?

Eine Zusammenfassung in vier Botschaften:

Klare Ansage: Anständige Leute wählen keine Rassisten: Darüber sollten sich alle demokratischen Kräfte verständigen. Statt „Negative campaigning“, das Abwehrreaktionen auslöst, Informationskampagne

Umfragen sind keine Wahlergebnisse: Die SPD hat von allen Parteien am meisten „Spielraum beim Wählerpotential: Überzeugen und Mobilisieren!

Wir müssen nicht alle erreichen: Wir sollten uns darauf konzentrieren den Menschen, die für uns erreichbar sind, gute Gründe geben SPD zu wählen. Für mich heißt dies, neben der Vermittlung der Erfolge der Landesregierung über die Werte und Wichtigkeiten zu sprechen, die im Zentrum der Demokratie stehen. Ohne Hetze, ohne Lügenvorwürfe, ohne Frauke Petry – aber mit Stolz in der Tradition einer Partei zu stehen, die seit über 150 Jahren für Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit kämpft.

Mit Birte Könnecke und Walter Krögner haben wir hervorragende Repräsentanten sozialdemokratischer Politik, die klare Botschaften mit toller Ausstrahlung verbinden. Überzeugend, charmant und für deutlich mehr als für 15 oder 18 Prozent wählbar. Alle, die dies nicht sofort merken, müssen davon überzeugt werden - von uns!

Christoph Bayer, MDL



Für eine Lösung mit der alle leben können



Am Sonntag den 16. November 2015 waren beeindruckende 1000 Menschen in Müllheim zusammengekommen, um gegen die geplante Ausführung der Rheintalbahn zu protestieren. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Markgräfler Platz sprachen neben den Bürgermeistern der Gemeinden Müllheim und Auggen und den Initiatoren vom Bürgerbündnis Bahn Markgräflerland BBM auch Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien. Auch wenn durch den Projektbeiratsbeschluss Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Planung erreicht wurden, so wollen sich die Menschen doch nicht damit abfinden, dass die Entscheidungsgrundlage einzig und allein auf den Lärmschutz reduziert wurde. Die Abstriche in der Lebensqualität und die Veränderung der Raumschaft, wenn beide Gemeinden von bis zu 9 Meter hohen Lärmschutzwänden zerschnitten werden, empfinden viele als inakzeptabel.

Einigkeit bestand jedoch bei allen Rednern darin, dass am Projektbeiratsbeschluss nicht gerüttelt werden soll. Dieser wurde bereits vom Baden-Württembergischen Landtag positiv beschieden und kommt am 3. Dezember im Bundestag zur Entscheidung. Da er nur in Gänze gekippt, aber nicht in Einzelteilen verändert werden kann, sei es aus Solidarität mit den anderen Regionen nicht wünschenswert, ihn zu verhindern.

Die Hoffnungen und Bestrebungen müssen jetzt darauf liegen, in der anstehenden Planungsphase möglichst um-

fängliche Nachbesserungen zu erreichen. Ich bin sehr froh, dass unser Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel zugesagt hat, zu einem Vororttermin nach Müllheim zu kommen und sich mit der BBM zusammzusetzen. Wie ich in meiner Rede sagte, halte ich die reine Kostendiskussion bei einem Großprojekt dieser Tragweite für zu kurz gegriffen. Es geht hier um die Menschen in unserer Region und ganz abseits von parteipolitischem "Schwarzer-Peter-hin-und-her-Geschiebe" hoffe ich, dass die guten Argumente der BBM, gerade was Sicherheit, Effizienz und Menschenfreundlichkeit angeht, doch noch Gehör finden und es schlussendlich zu einer Lösung kommt, mit der alle leben können.

(Bericht: Birte Könnecke)



Wann wir schreiten Seit' an Seit

„Gute Arbeit für alle“ war der Titel eines Sektempfangs für Gewerkschaftler und Betriebs- und Personalräte am letzten Sonntag in Müllheim. Als Rednerin war Leni Breymaier, stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg und Landesbezirksleiterin von Verdi eingeladen.

Gastgeberin Birte Könnecke, Landtagskandidatin und Kreisvorsitzende der SPD, spannte zu Beginn den Bogen von der derzeitigen Flüchtlingsdiskussion zu den immer deutlicheren Versuchen, dies für eine Unterhöhlung des Mindestlohns auszunutzen. Dies alleine zeige schon, wie wichtig ein enger Schulterschluss zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ist.



Gleiches gelte auch für viele andere Themen in der Arbeitswelt, von der viel beschworenen Industrie 4.0 bis hin zu den Herausforderungen des demografischen Wandels. Leni Breymaier eröffnete ihren Vortrag mit der Frage, ab wann eigentlich der Wert der Arbeit in unserer Gesellschaft an Bedeutung verlor und sie stellte die These auf, dass dies wohl nach dem Fall der Mauer verstärkt stattfand. Seit dieser Zeit prägen die Apostel des Neoliberalismus die öffentliche Meinung. Niedrigere Löhne führten zu mehr Arbeit, mehr privat als Staat, hohe Lohnnebenkosten gefährden Arbeitsplätze seien nur einige der Glaubenssätze, die sich keiner mehr getraut zu hinterfragen.



Leni Breymaier

gen.

Dem hätte sich auch die SPD nicht immer entziehen können, aber aus ihrer Sicht ist dies nach wie vor die Partei, mit der man Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen kann. Dies sei auf Bundes- und Landesebene in den letzten Jahren auch gut gelungen, beispielsweise beim Mindestlohn im Bund, beim Tariftrueugesetz im Land und nach langem Kampf auch beim Bildungszeitgesetz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Defizite gibt es immer noch beim Thema „Gleicher Lohn für alle“, Es ist beschämend, dass Frauen nach wie vor schlechter bezahlt werden als Männer.

Für die Zukunft der Arbeit sieht auch sie große Veränderungen auf uns zukommen. Durch die Digitalisierung und das, was man unter Industrie 4.0 versteht, werden viele Berufsbilder wegfallen und es ist dabei auch nicht um alle schade. Es stellt sich aber die Frage, wo die Wertschöpfung stattfinden wird und es wird auch nötig werden, dass angesichts des Wegfalls von Arbeit auch die Arbeitszeitfrage wieder diskutiert werden muss.

Sie warb dafür, diese Fragen offensiv und ohne Angst anzugehen. Die SPD sieht sie dafür in Land und Bund bestens aufgestellt.

Bericht: Oswald Prucker

Älter werden in Kandern



„Älter werden in Kandern“ war Thema des Vorort-Tages, den der SPD-Ortsverein großartig organisiert hatte. Zunächst wurde uns in der Sozialstation das breit gefächerte Aufgabenspektrum erläutert. Nicht nur 27 Pflegekräfte, die ca. 220 Menschen betreuen, auch Beratungsangebote, Dorfhilfe, Familienpflege, Nachbarschaftshilfe, Hauswirtschaftliche Versorgung, Hausnotruf, und vieles weitere mehr werden im großen Einzugsgebiet um Kandern herum angeboten.

Vieles läuft hervorragend, größere Probleme wurden zum einen bei dem mangelnden Wissen der Betroffenen darüber, was möglich ist und was ihnen zusteht, zum anderen bei den zu knappen Tagespflegeplätzen, den überbordenden Dokumentationspflichten sowie der nicht immer gewährleisteten Refinanzierung durch die Krankenkassen gesehen.

Beim sehr angenehmen Gespräch mit Bürgermeister Renkert im Rathaus kamen neben der neuen Gemeinschaftsschule (von der er schwer begeistert ist und die super angenommen wird), der Flüchtlingsunterbringung und dem Ärztemangel im ländlichen Raum auch die Probleme der Anwohner der Museumseisenbahn auf den Tisch. Hier geht er davon aus, dass es zeitnah eine Entlastung der Anwohner geben wird (entweder durch eine Verlagerung des Lokschuppens, oder falls das nicht möglich sein sollte, dann durch technische Verbesserungen), man war sich einig, dass ihr Anliegen ernst genommen und Lösungen gefunden werden müssen.

Abends hatte sich der Begegnungsraum der AWO gut gefüllt, die 4 anvisierten Themenbereiche "Aktiv sein und

fit bleiben", "Soziales Leben und Wohnen", "Ärztliche Versorgung" sowie "Betreuung und Pflege" hatten etliche Experten (unter anderem vom DRK, der Sozialstation und einem privaten Pflegedienst) sowie Betroffene angesprochen. Es kam zu einer ausgiebigen Diskussion, wobei auch hier Beratung und Information ein Kernthema war. Konkrete Verbesserungsvorschläge, wie z.B. analog zum Kinderstadtplan auch eine Broschüre für Senioren speziell für Kandern zu erstellen, wurden festgehalten. Der Kommunal- wie Landespolitik wurde etliches mitgegeben, z.B. der Ausbau der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und attraktive ÖPNV-Angebote gerade für ältere Menschen, aber auch ein größerer Bedarf für Nachbarschaftshilfe, Besuchsdienste, Bewegungsprogramme, altersgerechte Wohnformen und mehr Förderung für sozialen Wohnraum. Neben dem konstruktiven und lebhaften Austausch wurde durch die hervorragende Verpflegung auch für's leibliche Wohl gesorgt. Hierfür und allen Organisatoren und Beteiligten ein herzliches Dankeschön.

Bericht: Birte Könnecke

Peter Simon: Staatlich organisiertes Steuerdumping

Manchmal hilft Sarkasmus vielleicht doch am besten: „Ich freue mich, dass es den Ländern Europas so gut geht, dass sie jährlich auf 190 Milliarden Euro verzichten können.“ Das war die Aussage eines Besuchers bei unserer Veranstaltung zu den Steuertricks der Multis mit unserem EU-Abgeordneten Peter Simon. Diese Summe Geld geht uns Jahr für Jahr europaweit als Steuereinnahmen verloren.



Die Kreisvorsitzende und Landtagskandidatin moderierte die Veranstaltung und freute sich, dass es nun mit einem Besuch Peter Simons im Kreis geklappt hat. Der redete auch gar nicht erst um den heißen Brei herum und machte klar, dass er dieses Verhalten der Großkonzerne von IKEA über Coca Cola und Amazon bis Apple auch gar nicht mehr Steuervermeidung nennen möchte, sondern dass es schlicht um Steuerdumping geht und das dieses Dumping von Staaten – allen voran Benelux und Irland – organisiert und ermöglicht wird.

In der Diskussion seit den LuxLeaks-Veröffentlichungen sind aber leider viele Begriffe durcheinander geraten, die Simon wieder gerade rückte: Was soll man zum Beispiel auf Steueroasen in den Weltmeeren schimpfen, wenn es den Staaten der EU schlicht nicht gelingt, Gewinne zu besteuern, bevor sie das Land verlassen? Was nützen eigentlich begrüßenswerte Mindeststeuersätze, wenn einzelne Länder die Gewinne so runterrechnen lassen, dass selbst recht ordentliche Steuersätze dann nur noch auf künstlich geschrumpfte „Gewinnchen“ angewandt werden? Letztlich seien die Trickereien eine Konsequenz der mangelnden Solidarität der EU-Länder in Steuerfragen. Da kocht jeder sein eigenes Süppchen und selbst der eigentlich vereinbarte und vorgeschriebene Austausch von Steuervorbescheiden findet nicht statt. So ist es natürlich ein Leichtes für die Multis ihre Gewinne über sonderbare Lizenz- und Patentmodelle zu verschieben und letztlich dann alles dort zu versteuern, wo die Steuern niedrig gehandelt werden können.

In der Diskussion gab es gleich zu Beginn zahlreiche Wort-

meldungen. Birte Könnecke ließ es sich aber nicht nehmen, auf die Gewinnverschiebungen der Konzerne hinzuweisen.

Es sei ihr völlig unverständlich, dass die Regierungen der EU diese durchsichtigen Manöver nicht unterbinden kann. Eine weitere Wortmeldung drehte sich um die Frage, wie das EU-Parlament denn hier überhaupt etwas erreichen kann, wenn es doch keinerlei Gesetzgebungskompetenz in Steuerfragen hat. Vielleicht – so eine Meinung – sei dies sogar ein Vorteil, da dem Parlament dann kein Eigennutz

vorgeworfen werden kann: „Naming and Shaming“, benennen und an den Pranger stellen, das sei die Methode der Wahl, so Peter Simon, und das würde bei manchem Multi schon zu Nervosität führen, die oft ja das Image eines Familienunternehmens pflegen. Immerhin sei es durch solche Strategien und einer Kontaktsperre dazu gekommen, dass die Multis schließlich doch vor dem TAXE-Untersuchungsausschuß gehört werden konnten. Irgendein Verständnis war von den Finanzvertretern der Konzerne dort aber nicht zu erwarten. Denen fehlt jegliches Schuldbewusstsein in dieser Sache. Das lässt tief blicken und deshalb ist es gut, dass das Mandat des TAXE-Ausschusses verlängert wird, auch wenn es noch etwas Zwist über die technische Durchführung dieser Verlängerung gibt und auch unterschiedliche Ansichten über die Ausrichtung des Ausschusses herrschen.

Peter Simon zeigte sich überzeugt, dass sich die Staaten durch ihre nationalstaatlichen Scheuklappen in der Steuerfrage selbst im Wege stehen und dass hier mehr Europa gebraucht wird. Er ist sich sogar sehr sicher, dass dies gegebenenfalls auch von einigen willigen Staaten vorgemacht werden kann. Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten sei durchaus möglich und hilfreich.

Erste Erfolge werden sichtbar: Vielleicht kann das Steuergebahren der Multis auch über das Wettbewerbsrecht ausgehebelt werden.

Bericht: Oswald Prucker

Gernot Erler stand Rede und Antwort



Der thematische Schwerpunkt der Kreisvorstandssitzung im November lag im Bericht von unserem MdB Gernot Erler zur aktuellen Bundes- und Außenpolitik. Hier hat die SPD in der bisherigen Regierungszeit auf Bundesebene bereits eine ganze Reihe sozialer Erfolge durchgesetzt. Mindestlohn, Elterngeld, Frauenquote, Bafög-Erhöhung, Mietpreisbremse und abschlagsfreie Rente mit 63 seien nur als einige Beispiele genannt.

Aber auch an diesem Abend überlagerte natürlich die aktuelle Flüchtlingssituation die anderen Themen.

Hier sind einige wichtige Entscheidungen getroffen worden, die unsere Handschrift tragen. Der Bund stellt den Kreisen und Kommunen ab 2016 für jeden Flüchtling für die Unterkunft und Versorgung 670 Euro zur Verfügung. Wenn eine Ausreise geboten ist, soll diese zügig vollzogen werden, wobei zunächst auf Anreize zur freiwilligen Ausreise gesetzt wird. Bei Fachkräften soll künftig schon nach 3 Monaten die Arbeitsaufnahme möglich sein. Ergänzend werden die Gelder für den sozialen Wohnungsbau erheblich aufgestockt, damit es nicht zu einem Ausspielen von Bedürftigen gegeneinander kommt.

Nach seinen sehr interessanten Ausführungen gab es noch reichlich Gelegenheit zu Fragen und eine rege Diskussion.

Da Gernot Erler neben seiner bisherigen Tätigkeit als Koordinator für Zentralasien, Russland und die Ukraine jetzt auch noch den Auftrag bekommen hat, als Sonderbeauftragter für den deutschen Vorsitz der OSZE-Konferenz zu fungieren, wird er in Zukunft noch weniger Zeit haben. Umso mehr freuen wir uns, dass er am 8. Januar auf unserem Neujahrsempfang als Festredner zu uns kommt und dort einem breiteren Publikum Rede und Antwort steht.

Bericht: Birte Könnecke

Birte startet Tür-zu-Tür Wahlkampf

So langsam gehen wir in die heiße Wahlkampfphase über. Unterstützt von Ihren Jungs, hat Birte hunderte rote Herzchen und Steckbriefe vorbereitet und startete Ende Januar mit ihrem Tür-zu-Tür Wahlkampf. Wir wollen mit den Menschen ins Gespräch kommen, Ihnen zuhören und auf die Erfolge der letzten 5 Jahre hinweisen. Die SPD ist die Partei der Bürger-temberg. Keine andere Partei ernst genommen. Über 3500 Gestaltung des Regierungsviele Anregungen aufgenommen Konferenzen mit Nils Schmid glieder zuhören und mit Nils Änderungsanträge der Basis grammparteitag am 23. Jadedelt. Viele Ergänzungen und mittelbar Einfluss in das Die SPD hört zu und setzt ein. Dabei gilt eben auch : gestalten, Meckern allein



beteiligung in Baden Würt- hat den Bürgerdialog so Zuschriften wurden bei der programm ausgwertet, men. In mehreren Telefon- haben bis zu 17.000 Mit- reden können. Über 220 wurden auf dem Pro- nuar in Stuttgart behan- Änderungen haben so un- Wahlprogramm gefunden. sich für Bürgerbeteiligung „Nur wer mitmacht, kann verändert nichts!“. Auch

der Tür- zu- Tür Wahlkampf ist ein Mittel gegen Politikverdrossenheit und soll insbesondere Nichtwähler animieren wieder aktiv an unserer Demokratie mitzuarbeiten. *(Bericht: Thomas Thürling)*

Die beste Sterbehilfe ist eine gute palliativmedizinische Versorgung

Ein schwieriges Thema, bei dem man wohl nie allen Aspekten gerecht werden kann, haben Birte Könnecke und der Emmendinger Bundestagsabgeordnete Johannes Fechner zusammen mit dem Onkologen Tilmann Kirste in der Stube in Au bearbeitet. Es ging um die aktuelle Diskussion zum assistierten Suizid – der oft und nicht ganz richtig – als aktive Sterbehilfe oder „Tod auf Verlangen“ bezeichnet wird. Johannes Fechner erklärte den Stand der Debatte in einem kurzen Impulsvortrag und verglich die aktuelle Rechtslage mit den derzeit diskutierten vier interfraktionellen Anträgen. Im Moment macht sich ein Arzt nicht strafbar, wenn er einem Sterbewilligen, der dies aus freien Stücken so beschließen kann, ein Mittel überlässt mit dem der Patient seinen Freitod herbeiführen kann.

Die vier Anträge unterscheiden sich sehr stark. Ein erster sehr scharfer Entwurf aus konservativ-christlichen Kreisen möchte den assistierten Freitod unter Strafe stellen. Dem steht ein Antrag gegenüber, der genau das weitgehend liberalisieren möchte und beispielsweise auch Sterbevereine ein solches Vorgehen erlauben würde. Ein dritter Entwurf, der auch innerhalb der SPD viele Anhänger findet möchte das im Bürgerlichen Gesetzbuch regeln und ein vierter Antrag setzt auf eine gemäßigte Verschärfung bei der „gewerbsmäßige Sterbehilfe“ unter Strafe gestellt werden soll, während es beispielsweise Verwandten freigestellt bliebe.

In seiner Zusammenfassung beleuchtete Fechner die Vor- und Nachteile dieser Varianten und plädierte schließlich dafür, gar nichts zu ändern. Ein starke Verschärfung würde Ärzte kriminalisieren, eine völlig Freigabe liefe auf ein Tötungsgewerbe hinaus, die BGB-Regelung stellt eine so weitreichende Entscheidung auf eine Stufe mit einem einfachen Kaufvertrag und würde letztlich auf einen Rechtsanspruch auf Sterbehilfe hinauslaufen und eine mäßige Verschärfung führt zu großer Rechtsunsicherheit.

Nach Fechner sollte sich der Staat aus dieser Fragestellung heraushalten. Die Ärzte zeigen in dieser Frage ein sehr hohes Berufsethos und handelten sehr verantwortungsbewusst. Es besteht also kein Bedarf an einer Neuregelung. So sahen es auch alle Strafrechtswissenschaftler und die Ärzteverbände.

Und so sah es auch der Onkologe und Palliativmediziner Kirste. Er berichtete aus seiner langjährigen Praxis und hob die Erfolge der palliativen Einrichtungen hervor. Die gäbe es allerdings nur in den Großstädten und in unserer Ge-



gend würden eigentlich nur Freiburg und die unmittelbare Umgebung profitieren. Die an sich flächendeckende Versorgung sei allerdings in weiter Ferne und auch die Abläufe sind schlecht. Es gibt in der SAPV (Spezialisierte ambulante Palliativversorgung) mehr Ärzte in der Begutachtung der Fälle, als es ausführende Ärzte gibt. Die Krankenkassen sehen ausschließlich die Kostenkontrolle und verhindern eine adäquate Versorgung.

In der anschließenden sehr ernsthaften und mitfühlenden Diskussion wurden viele Aspekte dieser Themenstellung auch anhand von eigenen Erfahrungen im familiären Umfeld oder im Freundes- und Bekanntenkreis diskutiert. Bei vielen klang eine ähnliche Vorstellung wie die von den beiden Experten geäußerte Meinung durch, andere plädierten dafür, dem Kranken eher ein Recht auf Sterben zuzugestehen und betonten, dass man in einer solchen Hilfe auch einen letzten Liebesdienst sehen kann. Birte Könnecke wies darauf hin, dass mit dem kategorischen Ausklammern der aktiven Sterbehilfe, Menschen, die sich nicht mehr selber helfen können, der Weg zum selbstbestimmten Sterben komplett verwehrt wird. Insgesamt war die Diskussion vom großen Respekt gegenüber den jeweils anderen Meinungen geprägt und wurde von allen Teilnehmern als bereichernd empfunden.

Große Einigkeit bestand aber darin, dass die palliativmedizinische Versorgung auch wegen der demographischen Entwicklung ausgebaut werden muss. Kirste, aber auch mehrere Diskussionsteilnehmer konnten hier über viele Beispiele berichten, die ein würdiges Sterben terminal Kranker ermöglichten, weil den Patienten der eigene Abschied vom Leben in Hospizen oder Palliativabteilungen erleichtert werden konnte.

Bericht: Oswald Prucker

Technik und Pflege im Alter – bleibt der Mensch auf der Strecke

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus der SPD Breisgau-Hochschwarzwald hatte am 28.11. nach Bad Krozingen eingeladen. Zusammen mit der Landtagsabgeordneten Sabine Wölfle aus dem Kreis Emmendingen durfte ich das Thema „Technik und Pflege im Alter – bleibt der Mensch auf der Strecke“ diskutieren.

Viele Menschen sind besorgt, dass sie im Alter aus ihrem gewohnten Lebensumfeld herausgerissen werden, wenn sie einmal nicht mehr selbstversorgt leben können.

Mit dem neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG) ist Baden-Württemberg bundesweit Vorreiter. Während das alte Landesheimgesetz nur die Alternative „Pflegeheim“ oder „Häuslichkeit“ kannte, fördert und ermöglicht das neue Gesetz eine bisher nie dagewesene Vielfalt von Wohn- und Versorgungsformen.

Das Herzstück des neuen Gesetzes ist die neu geschaffene Wohnform „ambulant betreute Wohngemeinschaft“ für volljährige Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf. Hier dürfen maximal bis zu 12 Personen zusammenleben. Diese können ihr Leben und die täglichen Abläufe nur teilweise selbst bestimmen. Daher ist hier in einem gewissen Umfang eine staatliche Aufsicht vorgesehen. Ein Anbieter verantwortet die WG beziehungsweise organisiert Wohn- und/oder Serviceleistungen. Die Bewohnerinnen und Bewohner können ihre Pflegeleistungen frei wählen, eine Präsenzkraft ist rund um die Uhr anwesend und in der Wohnung stehen insgesamt 25 Quadratmeter pro Person zur Verfügung.

Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen sind auf eine Anzahl von bis zu 8 Personen beschränkt. Um der eigenständigen Lebens- und Bedarfssituation der Bewohnerinnen und Bewohner gerecht zu werden, gelten andere Voraussetzungen und Anforderungen als für WGs für Menschen mit Pflegebedarf. Menschen mit Behinderungen sollen hier ihren Fähigkeiten entsprechend soweit wie möglich selbstbestimmt leben können. Die notwendige Unterstützung ist häufig zeitlich oder auf bestimmte Handhabungen beschränkt. Erforderlich ist daher in sehr unterschiedlichem Umfang eine Präsenz und gegebenenfalls ergänzend eine Rufbereitschaft. Eine weitere Individualisierung dieser Vorgaben kann in Wohngemeinschaften für Menschen mit psychischer Erkrankung erfolgen. In einer „selbstverantworteten Wohngemein-

schaft“ (maximal 12 Personen) regeln die Bewohnerinnen und Bewohner ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich. Dies bedeutet, dass sie unter anderem Pflege- oder Unterstützungsleistungen frei wählen und Dinge des täglichen Lebens selbstbestimmt gestalten. Diese Wohnform ähnelt sehr stark dem Leben in den eigenen vier Wänden und erfordert deshalb keine staatliche „Aufsicht“. Selbstverantwortete Wohngemeinschaften müssen jedoch bei der zuständigen Heimaufsicht angezeigt werden.

Ich betonte zusammenfassend nochmal, dass sich gerade vor dem Hintergrund einer sich ändernden Gesellschaft, in der es nicht mehr notgedrungen so ist, dass alternde Menschen in der Familie gepflegt werden (können), wichtig ist, andere Modelle zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen auch im Alter ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Hier ist mit dem WTPG ein großer Schritt gelungen.

Im Anschluss besuchten wir noch den Bad Krozinger Christkindelsmarkt, auf dem die Genossen des Ortsvereins Linzertorte und Glühwein zugunsten des MEDIAN Haus St. Georg verkauften, und überzeugten uns vom Wohlgeschmack des Getränks.

(Bericht: Birte Könnicke)



Birte mit Sabine am Christkindelsstand der SPD Bad Krozingen

Herzlichen Glückwunsch..

**Wir gratulieren allen Jubilaren
recht herzlich zu
Ihrem Geburtstag!**

Aus Datenschutzgründen dürfen wir die Jubilare nicht persönlich benennen.



**Allen Mitgliedern die in diesem Jahr ein
SPD Jubiläum feiern:**

Danke für langjährige Mitgliedschaft!

Aber auch allen Mitgliedern herzlichen
Dank für ihr erstes Jahr bei uns. Seid
willkommen!

Mitmachen!

Mach Mit:

Es ist gut, Mitglied der SPD zu sein. Egal ob Du das erste Mal Mitglied werden oder zur SPD zurück kehren willst. Dein Ortsverein bietet den Mitgliedern Mitsprache- und Entscheidungsrechte. Werde heute Mitglied der SPD und helfe mit, Deutschland zukunftsfähig zu machen. Für ein modernes und gerechtes Deutschland. Für ein Land mit Sicherheit für seine Bürger, Zukunftschancen für alle und einer starken Demokratie. Für ein Deutschland, das internationale Verantwortung übernimmt und bei dem Gerechtigkeit und Fairness nicht an den Landesgrenzen endet. Ob im vor Ort, im Bundesland, auf nationaler oder internationaler Ebene: Überall engagieren sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür, die Welt ein Stück gerechter zu machen.

Mach doch einfach mit!



Vorname Name

Adresse

Telefon

eMail

Unterschrift

Selber ausfüllen oder
weitergeben und aus-
gefüllt an u.a. Adres-
sen schicken..
und dann:
Herzlich Willkommen!



Impressum

Herausgeber & V.i.S.d.P.:

die Kreisvorsitzende
SPD Breisgau
Hochschwarzwald
Dr. Birte Könnecke

Merzhauser Straße 4
79100 Freiburg

Redaktion:
Birte Könnecke, Oswald Prucker,
Thomas Thürling,

Realisation:
Thomas Thürling

Mail:
redaktion@spd-breisgau-
hochschwarzwald.de

www.facebook.com: Rot-wild im Schwarz-wald

www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de

ANPACKEN FÜR UNSERE REGION

UNSERE ORTSVEREINE IM KREISVERBAND BREISGAU — HOCHSCHWARZWALD:

AUGGEN, BADENWEILER, BAD KROZINGEN — HARTHEIM, BATZENBERG, BÖTZINGEN, BREISACH, BUGGINGEN, DREISAMTAL, EHRENKIRCHEN — BOLLSCHEWEL, EICHSTETTEN, GOTTENHEIM, GUNDELFINGEN, HEITERSHEIM-ESCHBACH, HEXEMTAL, IHRINGEN, LENZKIRCH-SCHLUCHSEE, LÖFFINGEN, MARCH, MERDINGEN, MÜLLHEIM, MÜNSTERTAL, NEUENBURG, STAUFEN, SULZBACHTAL, TITISEE-NEUSTADT, UMKIRCH, VOGTSBURG

**Unsere Parteiarbeit und unser Wahlkampf braucht Eure Unterstützung!
Mitmachen und Spenden sind herzlich willkommen und wichtig für unseren Erfolg!**